

Verbot von Profi-Lottos ist Tatsache

Die Solothurner Stimmbevölkerung sagt mit 68 Prozent Ja zum Profi-Lottoverbot. Nur zwei Gemeinden scheren aus.

Adrian Kamber

Die Solothurnerinnen und Solothurner haben entschieden: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, genau 68,36 Prozent, sagen Ja zum Verbot professioneller Lottoanbieter. Damit ist die Teilrevision des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes, welche im Kantonsrat schon einstimmig beschlossen, aber gegen die noch ein Referendum ergriffen wurde, also Tatsache.

Beim Verbot geht es darum, dass professionelle Anbieter künftig keine Bewilligung mehr für die Durchführung ihrer Lottos erhalten. Stattdessen soll das Kontingent von 820'000 Franken, das im Kanton Solothurn jährlich für Geldpreise wie Gutscheine oder Goldvreneli bei der Durchführung von Kleinlotterien zur Verfügung steht, nur noch den Vereinen direkt zugutekommen.

Für viele Vereine ist das «Lotto im Sali» nämlich eine wichtige Einnahmequelle. Auch die kommerziellen Anbieter, von denen es im Kanton rund eine Handvoll gibt, führten solche Lottos für Vereine durch. Insbesondere für solche Vereine, die ansonsten nicht die Ressourcen zur Durchführung eigener Lottos gehabt hätten. Allerdings war es zuletzt so, dass die professionellen Anbieter das zur Verfügung stehende Kontingent zu 95 Prozent ausschöpften. Den Vereinen, die ihr Lotto selbst organisieren, blieb nur noch 5 Prozent übrig. Dieses Missverhältnis sollte aus Sicht der Regierung zugunsten der Solothurner Vereine korrigiert werden.

«Nehmen Resultat erfreut zur Kenntnis»

Mit dem Abstimmungsergebnis ist Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker (SVP) zufrieden. «Wir nehmen das Resultat erfreut zur Kenntnis», sagte die Regierungsrätin am Sonntag-

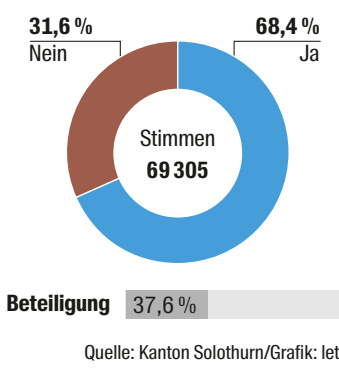


Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker (links) freut sich über die gewonnene Lotto-Abstimmung. Auch Frau Landammann und Baudirektorin Sandra Kolly hatte mit dem Kauf der Bielstrasse 3 Erfolg.

Bild: Andre Veith

nachmittag vor den Medien. Und: «Dies stärkt die Vielfalt der Vereine und ihre wertvolle gemeinnützige Arbeit.» Für Jeker, die im August ihr Amt antrat, ist es die erste gewonnene Abstimmung.

Verbot für professionelle Lottoanbieter



Einer, der sich im Vorfeld am lautesten für das Verbot starkmachte, ist SP-Co-Präsident Hardy Jäggi. Auch er zeigt sich äusserst zufrieden mit dem Ergebnis, wie er in einer Mitteilung schreibt: «Mit dem Ja der Bevölkerung können private Lottoanbieter nicht mehr einen Grossteil des Kontingents vereinnahmen. Die beliebten Vereinslotos können wieder durchgeführt werden und alle Einnahmen kommen unseren Vereinen zugute.»

Enttäuscht ist dafür Rolf Gerber. Zusammen mit seiner Frau Rosa führt er seit Jahren als professioneller Veranstalter Lottos im Kanton durch. Auf Anfrage sagt er: «Mit diesem Ausgang mussten wir rechnen. Die Befürworter haben weit stärker mobilisiert.» Und weiter: «Mir

tun vor allem die Solothurner Vereine leid, die nicht in der Lage sind, selbstständig Lottos aufzustellen. Das können jetzt nur noch die grossen Vereine.»

Bis das Verbot Anfang 2027 in Kraft tritt, wollen er und seine Frau aber die Vereine weiterhin bedienen, für die man schon seit Jahren die Lottos mache. Danach müssten sie sich eben ein anderes Hobby suchen.

Nur zwei Gemeinden gegen Verbot

Insgesamt stimmten über 46'000 Solothurnerinnen und Solothurner für das Verbot, etwas mehr als 21'000 lehnten es ab. Am deutlichsten ist das Ja in Oberdorf mit 80,8 Prozent, gefolgt von der Stadt Solothurn mit 79,2 und Fehren mit 78,9 Prozent. Was auffällt: Von den

106 Solothurner Gemeinden sagten nicht ganz alle Ja. Zwei Gemeinden, Egerkingen und Welschenrohr-Gänsbrunnen, lehnen das Verbot ab. Wenn auch nur ganz knapp: In Egerkingen beträgt der Nein-Anteil 51,3 Prozent, in Welschenrohr-Gänsbrunnen 50,4 Prozent.

Die Stimmbeteiligung bei dieser Vorlage lag bei 37,6 Prozent. Am stimmfreudigsten zeigten sich heuer die Lommiswiler, wo knapp 59 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne gingen. In der Gemeinde wurde allerdings auch noch über einen Schulhaus-Neubau entschieden, was die hohe Mobilisierung erklärt. Die tiefste Stimmbeteiligung hat Gerlafingen, wo gerade mal 28 Prozent das Couvert oder den Stimmzettel ausfüllten.

Kommentar

Jedes Mittel ist recht

Drei kantonale Abstimmungsvorlagen. Eine geballte Ladung mutete die Solothurner Politik der Stimmbevölkerung diesen Sonntag zu. Das wurde offensichtlich nicht nur goutiert. Die Stimmbeteiligung war mit 37,6 Prozent unterdurchschnittlich tief. Vermutlich waren die Vorlagen zu technisch oder schlicht zu unbestritten, um die Leute an die Urne zu bewegen. Einen Abstimmungskampf? Gab es schlicht keinen.

Je tiefer das Interesse an einer Vorlage, desto grössere Chancen haben einfache Lösungen. Ohne Debatte werden auch keine kritischen Fragen gestellt. Das zeigt geradezu mustergültig das Profi-Lottoverbot. Die nun abgesegnete Lösung ist alles andere als elegant. Der Kanton wählte schlicht den Weg des geringsten Widerstands.

Um seine Vereine zu schützen, hätte sich der Kanton auch dafür einsetzen können, das fragwürdige Kontingent für Lottos abzuschaffen. Stattdessen wird sämtlichen Profilottiers ein Berufsverbot erteilt. Ein massiver Eingriff, die von der Verfassung garantierte Wirtschaftsfreiheit wird mit Füssen getreten. Und kaum jemand stört sich daran.

Das Ergebnis zeigt, welch unglaublich hohen Stellenwert Vereine in unserer Gesellschaft haben – zu Recht. Um Vereine zu schützen, ist jedes Mittel recht. Egal, wie schlecht die Lösung eigentlich ist.



Raphael Karpf

Der Kanton darf einen Schlusstrich ziehen

Der Kauf der Liegenschaft an der Bielstrasse 3 wird mit grosser Mehrheit abgesegnet.

Raphael Karpf

Das Abstimmungsergebnis ist der Schlusstrich unter einer Geschichte, die den Kanton nun seit über zwei Jahren beschäftigt. Es ist ein dicker Schlusstrich: 69 Prozent sagten Ja zum Kauf der Liegenschaft Bielstrasse 3 in Solothurn.

Mit Genugtuung und Befriedigung nehme sie diese sehr deutliche Zustimmung zur Kenntnis, sagt Baudirektorin Sandra Kolly nach Bekanntwerden der Schlussresultate. «Die Stimmbevölkerung hat erkannt, dass der Kauf der Liegenschaft finanziell sinnvoll ist.» Oder umgedreht: Der Kanton hätte einen finanziellen Schaden gehabt, hätte er das Gebäude wieder verkaufen müssen.

Der Kaufpreis von 5,2 Millionen sei marktgerecht, die Liegenschaft verhindere teure Mietlösungen, sie werfe mit aktuell 140'000 Franken pro Jahr eine gute Rendite ab und befinde sich an hervorragender Lage. Ein Pluspunkt für die zukünftige Nutzung.

Sie habe zwar mit einem Ja gerechnet, so Kolly weiter. Mit einem so deutlichen dann aber doch nicht. Insbesondere, dass keine einzige Gemeinde das Geschäft abgelehnt hat, sei ein deutliches Zeichen.

Eine juristische Fehleinschätzung

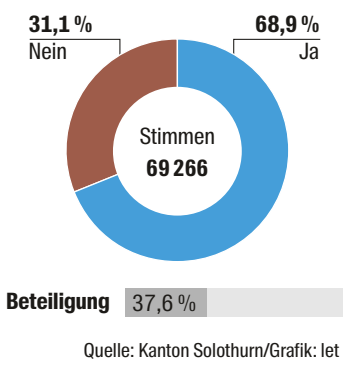
2023 kaufte der Kanton das Gebäude. Damals wie heute ist die Liegenschaft mehrheitlich vermietet. Künftig sollen aber Mitarbeitende der Verwaltung



Nun ist es offiziell: Der Kanton darf diese Liegenschaft in Solothurn behalten. Bild: C. Ramser

in die Büros mitten in Solothurn einziehen. Insbesondere Mitarbeitende der Gerichte – gleich zwei Gerichtsgebäude befinden sich direkt neben der Bielstrasse 3.

Kauf Liegenschaft Bielstrasse 3 in Solothurn



Beim Kauf 2023 machte der Regierungsrat allerdings einen Fehler. Er kaufte das Gebäude in eigener Kompetenz ins Finanzvermögen. Nach einer Beschwerde von SVP-Parteipräsi-

dent Rémy Wyssmann urteilte das Bundesgericht dann: Damit hat die Regierung ihre Kompetenzen überschritten. Da das Gebäude künftig von der kantonalen Verwaltung genutzt werden soll, hätte der Kanton das Gebäude von Beginn an ins Verwaltungsvermögen kaufen müssen.

Die Folge: Die Regierung hätte das Gebäude nicht in eigener Kompetenz kaufen dürfen. Sondern brauchte die Erlaubnis von Parlament und Volk. Mit dem heutigen Abstimmungssonntag wurde dieses Versäumnis nachgeholt.

Ein unspektakulärer Abstimmungskampf

So klar das Ergebnis nun ausfällt: 2023 gingen die Wogen ziemlich hoch. Wyssmann

unterstellte der Regierung, sie habe das Volk absichtlich um seine Rechte betrogen, und forderte nicht weniger als den Rücktritt des Gesamtregierungsrats. Ausserhalb der SVP teilte allerdings niemand diese Einschätzung, und auch der Regierungsrat hatte stets diesen Unterstellungen widersprochen.

So gehässig der Ton vor zwei Jahren, so unspektakulär verlief der Abstimmungskampf. Die Partei von Rémy Wyssmann fasste die Nein-Parole. Von einem Abstimmungskampf kann aber kaum geredet werden. Weder Befürworter noch Gegner engagierten sich sonderlich stark. Wenig überraschend fiel die Stimmbeteiligung mit knapp 38 Prozent auch nicht allzu hoch aus.